

Kleine Anfrage

des Abg. Sebastian Cuny SPD

und

Antwort

des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Stabsstelle „Büro Berlin“ des Universitätsklinikums Heidelberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welches Gremium hat über die Stellenschaffung und -besetzung der Leitung der Stabsstelle „Büro Berlin“ des Universitätsklinikums Heidelberg (UKHD) entschieden?
2. Inwiefern war der Personalrat des UKHD bei der Schaffung sowie Besetzung der Leitung der Stabsstelle beteiligt?
3. Wie ist das Bewerbungsverfahren abgelaufen, unter besonderer Berücksichtigung der Anzahl eingegangener Bewerbungen?
4. Aus welchen Gründen wird die Leitung der Stabsstelle außertariflich vergütet?
5. Wurden weitere Stellen im Rahmen der neu geschaffenen Stabsstelle ausgeschrieben und besetzt?
6. Welche monatlichen Kosten sind mit der neuen Stabsstelle verbunden (Gehalt, Büromieten für die Büros in Baden-Württemberg und Berlin, Fahrtkosten, Zuschüsse, weitere Personalkosten usw.), unter besonderer Berücksichtigung der Finanzierung dieser laufenden Kosten?
7. Inwiefern erfüllt die neue Leitung der Stabsstelle die in der Stellenausschreibungen genannten fachlichen Voraussetzungen?
8. Inwiefern wurden vor der Schaffung der neuen Stabsstelle von wem die Interessen des UKHD in der Bundespolitik vertreten?
9. Welche Ziele verfolgt das UKHD mit der neuen Stabsstelle?

10. Inwiefern unterhalten auch andere baden-württembergische Universitätsklinika Interessensvertretungen in Berlin?

23.7.2025

Cuny SPD

Begründung

Wie unter anderem die Rhein-Neckar-Zeitung am 16. Juli 2025 berichtete, hat das Universitätsklinikum Heidelberg eine neue Stabsstelle „Büro Berlin“ geschaffen. Deren Leitung wurde kürzlich durch einen ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten übernommen. Diese Kleine Anfrage soll unter anderem klären, wie das Bewerbungsverfahren abgelaufen ist und welche Kosten durch die neue Stabsstelle entstehen.

Antwort

Mit Schreiben vom 15. August 2025 Nr. MWK34-0141.5-30/51/3 beantwortet das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welches Gremium hat über die Stellenschaffung und -besetzung der Leitung der Stabsstelle „Büro Berlin“ des Universitätsklinikums Heidelberg (UKHD) entschieden?

Zu 1.:

Das Universitätsklinikum Heidelberg (UKHD) teilte mit, dass der Vorstand über die Stellenschaffung entschieden hat. Das Auswahlverfahren wurde federführend durch den Leitenden Ärztlichen Direktor und Vorsitzenden des Vorstands geführt.

2. Inwiefern war der Personalrat des UKHD bei der Schaffung sowie Besetzung der Leitung der Stabsstelle beteiligt?

Zu 2.:

Das UKHD teilte mit, dass der Personalrat der Einstellung von Herrn Föhr auf die Stelle „Büro Berlin“ zugestimmt hat.

3. Wie ist das Bewerbungsverfahren abgelaufen, unter besonderer Berücksichtigung der Anzahl eingegangener Bewerbungen?

4. Aus welchen Gründen wird die Leitung der Stabsstelle außertariflich vergütet?

7. Inwiefern erfüllt die neue Leitung der Stabsstelle die in der Stellenausschreibungen genannten fachlichen Voraussetzungen?

Zu 3., 4. und 7.:

Das UKHD hat dargelegt, dass nach der Veröffentlichung der Stellenanzeige entsprechende Bewerbungen eingegangen sind. Es wurde mit allen Bewerberinnen

und Bewerbern ein Vorstellungs- und Auswahlgespräch geführt. Detailliertere Informationen zu Personalangelegenheiten können aus Gründen des Datenschutzes nicht gegeben werden.

5. Wurden weitere Stellen im Rahmen der neu geschaffenen Stabsstelle ausgeschrieben und besetzt?

Zu 5.:

Das UKHD hat keine weiteren Stellen im Rahmen der neu geschaffenen Stabsstelle ausgeschrieben und besetzt.

6. Welche monatlichen Kosten sind mit der neuen Stabsstelle verbunden (Gehalt, Büromieten für die Büros in Baden-Württemberg und Berlin, Fahrtkosten, Zuschüsse, weitere Personalkosten usw.), unter besonderer Berücksichtigung der Finanzierung dieser laufenden Kosten?

Zu 6.:

Nach Auskunft des UKHD werden neben der Vergütung der Stelle Fahrt- und Reisekosten nach den bestehenden Regelungen im Landesreisekostengesetz erstattet. Die Veröffentlichung von Informationen zur Vergütung ist aufgrund des Schutzes der persönlichen Daten von Mitarbeitenden nicht möglich.

8. Inwiefern wurden vor der Schaffung der neuen Stabsstelle von wem die Interessen des UKHD in der Bundespolitik vertreten?

Zu 8.:

Das UKHD hat dargelegt, dass die Vertretung der Interessen des UKHD bislang insbesondere über einzelne persönliche Interaktionen der Vorstandsmitglieder und Führungskräfte erfolgt ist.

9. Welche Ziele verfolgt das UKHD mit der neuen Stabsstelle?

Zu 9.:

Das UKHD weist darauf hin, dass das Klinikum zu den größten und bedeutendsten universitären Medizinstandorten Deutschlands gehört. Gleichzeitig verändern sich die Rahmenbedingungen des Gesundheitsstandortes Deutschland rasant, von Versorgungs- und Finanzierungsstrukturen über Digitalisierung bis hin zu demografischem Wandel, Fachkräftemangel und der Weiterentwicklung resilienter Notfall- und Katastrophenschutzstrukturen. Diese werden im Wesentlichen auf Bundesebene abgestimmt. Hierbei bringt sich das UKHD verstärkt ein. Die neu geschaffene Vertretung in Berlin soll aus Sicht des UKHD dazu beitragen, den Veränderungsprozess des Gesundheitsstandortes Deutschland und damit auch der Region für alle Beteiligten und damit vor allem auch für die Patientinnen und Patienten positiv zu gestalten und eng zu begleiten.

10. Inwiefern unterhalten auch andere baden-württembergische Universitätsklinika Interessensvertretungen in Berlin?

Zu 10.:

Die deutschen Universitätsklinika haben sich im Verband der Universitätsklinika Deutschlands e. V. (VUD) zusammengeschlossen, der die gemeinsamen Interessen der Universitätsmedizin in Berlin vertritt. Die übrigen baden-württembergischen Universitätsklinika unterhalten keine eigenen Einrichtungen in Berlin.

In Vertretung

Dr. Reiter

Ministerialdirektor